Neue Zürcher Zeitung, 12.11.2011

Kritik an der Risikokontrolle

Kapitalmarktlage als Herausforderung für das Management von Pensionskassen

Wird das Risikomanagement von Pensionskassen nicht verbessert, könnten kostspielige Sanierungen drohen. Dieser Auffassung waren Vertreter von Branche und Behörden an einem Anlass.

Michael Ferber

Das sehr tiefe Zinsniveau an den Kapitalmärkten erschwert die Vermögensanlage. Ausserdem zeigt sich in der Finanz- und Schuldenkrise immer deutlicher, dass es wohl keine risikolosen Renditen von Vermögensanlagen gibt. Dies stellt die Risikokontrolle der Schweizer Vorsorgeeinrichtungen vor neue und grosse Herausforderungen. An einem Anlass der Pensionskassenberatung PPCmetrics diskutierten Branchenvertreter und Vertreter von Behörden über dieses Thema.

Hansjörg Furrer von der Finanzmarktaufsicht Finma setzte sich in seinem Referat dafür ein, die Risikokontrolle der Pensionskassen weiterzuentwickeln. Dies sei notwendig, um kostspielige Sanierungsmassnahmen zu vermeiden. Er kritisierte, die von den Kassen verwendete Deckungsgrad-Kennzahl - also das Verhältnis des Vermögens einer Einrichtung zu den Pensionsverpflichtungen - sei in ihrer momentanen Ausgestaltung eine Betrachtung, die der eines «Schnappschusses» gleichkomme. Schliesslich informiert sie nicht darüber, wie sich der Deckungsgrad über die Zeit hinweg entwickeln könnte. Zudem basiert sie auf unterschiedlichen Bewertungsmethoden für Anlagen und Verpflichtungen. Alfred Bühler von PPCmetrics ergänzte hierzu in seinem Referat, eine ökonomische Bewertung der Vermögensanlagen und der Verpflichtungen sei zwingende Voraussetzung - was heute nicht der Fall ist. Er schlug die Verwendung eines «ökonomischen Deckungsgrads Aktive» vor. Diese Kennzahl würde die Risikobelastung der aktiven Versicherten besser abbilden. Laut Bühler beschönigen die derzeit verwendeten Deckungsgrad-Kennzahlen oft die Lage von Pensionskassen mit vielen Rentnern.

Furrer ergänzte, wichtige Parameter in der zweiten Säule - wie der BVG-Mindestumwandlungssatz oder der Umwandlungssatz - stünden ebenfalls im Widerspruch zu einer vollständig ökonomischen Betrachtungsweise. Dies sei so lange der Fall, wie sie durch die Politik festgelegt und nicht streng von ökonomischen Betrachtungsgrössen abgeleitet würden. Der Finma-Vertreter sprach sich für eine Übernahme von Elementen des für Versicherungen geltenden Swiss Solvency Tests bei den Kassen aus. Dies verbessere die Risikokultur. So sollten die Verpflichtungen der Vorsorgeeinrichtungen marktkonsistent und mit der jeweils aktuellen Zinsstrukturkurve bewertet werden. Auch sprach er sich für den Einsatz von Stress-Szenarien aus - so sollten die Kassen mögliche Verluste für den Fall errechnen, dass es zu starken Zinsänderungen, einem Aktiencrash oder einer Zunahme der Lebenserwartung komme. In Ländern wie Dänemark, Finnland oder den Niederlanden gibt es sogenannte «Ampelsysteme». Leuchtet bei einem Stress-Szenario die Ampel auf, wird dies der Aufsichtsbehörde direkt gemeldet.

Martin Kaiser-Ferrari vom Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) führte aus, das Gesetz über die berufliche Vorsorge BVG könne als Rahmengesetz kein «richtiges» Risikomanagement vorgeben. Die Eigenverantwortung bleibe entscheidend. Für die Zukunft sei es wichtig, dass die Kassen ihre Leistungsparameter an die demografischen und ökonomischen Rahmenbedingungen anpassten. Das Gesamtrisiko in der beruflichen Vorsorge müsse reduziert werden. Forderungen nach einem Solvenz-Regime sieht Kaiser als legitim an. Die mit der BVG-Strukturreform geschaffene neue Oberaufsichtskommission könne hierzu, wenn zweckmässig, Standards erlassen oder den Pensionskassenexperten Weisungen erteilen.